

Rede des Landesvorsitzenden der PDS Mecklenburg-Vorpommern, Peter Ritter (MdL), zum Antrag der Fraktionen von PDS und SPD:

Rechtsextremistische Entwicklungen stoppen

Anrede,

Gestatten sie mir einen Blick zurück zur Landtagssitzung vom November des vergangenen Jahres.

In meiner Einbringungsrede zum Antrag "60.Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges" , stellte ich fest, dass wohl kaum eine andere Frage in der deutschen Geschichte so oft diskutiert wurde, wie die Frage

"Befreit oder Besiegt".

Angesichts aktueller Debatte antworte ich auf diese Frage wiederum:

Das deutsche Volk wurde befreit. Befreit vom deutschen Nationalsozialismus, der Menschenvernichtung industriemäßig organisierte und durchführte, der die Welt mit dem bis dahin schrecklichsten Krieg überzogen hatte und auch dem deutschen Volk Not und Elend brachte.

Das deutsche Volk wurde von außen befreit, denn es war nicht in der Lage, sich trotz aller Opfer des Widerstandes, selbst von dieser menschenverachtenden Ideologie zu befreien.

Dem deutschen Volk musste der Antifaschismus verordnet werden.

"Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel".

Das dieser Schwur der befreiten Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald bis heute aktuell bleiben würde, hat damals im April vor 60 Jahren, niemand geahnt.

Wir müssen uns heute fragen, was wir aus diesem, dem deutschen Volk von den Alliierten verordnetem Antifaschismus gemacht haben.

Und, um bei Herrn Rehberg nicht wieder blindes Missverständnis aufkommen zu lassen, erkläre ich hier heute für meine Fraktion und meine Partei zum wiederholtem male:

Wenn wir uns mit dem 8.Mai 1945 auseinandersetzen, müssen wir uns auch mit der Entwicklung nach 1945 auseinandersetzen.

Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, was in Buchenwald, Sachsenhausen oder Fünf-Eichen nach 1945 geschehen ist.

Wir müssen uns fragen lassen, warum aus dem, dem deutschen Volk verordnetem Antifaschismus ein ziemliches einseitiges Bild vom antifaschistischen Widerstand entwickelt wurde.

Wir tun das.

Und wir müssen das tun, um jede neue Einseitigkeit in der Auseinandersetzung mit dem modernen Rechtsextremismus zu verhindern.

Und da packt mich die kalte Wut, wenn Politiker dieses Landes, die in verantwortungsvoller Position arbeiten, in dummdreister Art und Weise, die PDS mit der rechtsextremen NPD gleichsetzen!

Herr Rehberg.

Laut Grundgesetz haben Parteien den Auftrag an der politischen Willensbildung der Gesellschaft teilzuhaben.

Dieses Grundgesetz stellt in Artikel 1 fest, dass die Würde des Menschen unantastbar ist.

Dieser Verfassungsauftrag hat für die PDS oberste Priorität.

Und wenn sie sich auch nur eine Minute intensiv mit den Programmen der alten und neuen Nazis auseinandersetzen würden, würden sie feststellen, dass deren Ziele, deren Bekenntnis zu ihrer Herkunft und Vergangenheit genau diesen Zielstellungen des Grundgesetzes widersprechen.

Und wenn sie dann immer noch meinen sich berufen zu fühlen, PDS und NPD gleichzusetzen, dann ist das nicht nur ein Hohn auf die Geschichte.

Dann muss ich auch feststellen, dass sie politisch fahrlässig handeln, die Demokratie gefährden und dem von ihnen geforderten Werben nach mehr Demokratie einen Bärendienst erweisen.

Ich möchte daher an Sie appellieren:

Lassen Sie derartige Vergleiche und Verunglimpfungen sein!

Ich möchte dagegen erneut unsere Bereitschaft verdeutlichen, gemeinsam mit allen demokratisch gesinnten Kräften die notwendigen Strategien im Kampf für mehr Demokratie und Toleranz zu entwickeln.

Beenden wir den Zustand, dass sich diese notwendigen Gegenstrategien im unnötigen Klein-Klein der Kräfte im parlamentarischen wie im außerparlamentarischen Raum verhakeln.

Es kann nicht darum gehen, wer der bessere Antifaschist ist.

Es muss darum gehen, gemeinsam in die Gesellschaft hineinwirkende Strategien für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit zu entwickeln.

Deshalb sollte die von uns vorgeschlagene Weiterentwicklung des Handlungsrahmens "Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!" mit aller Konsequenz begonnen werden.

Im Leitbild des 2001 als Initiative der Landesregierung vorgestellten Handlungsrahmens heißt es: "Rechtsextremismus und Gewalt breiten sich dort aus, wo die Achtung der Würde jedes einzelnen Menschen nicht genug und konkret verteidigt wird. Rechtsextremismus

entsteht in der Mitte der Gesellschaft und kann dauerhaft nur aus ihrer Mitte heraus bewältigt werden."

Der Handlungsrahmen formulierte verschiedene Aufgabenfelder, so zum

- Bürgerschaftlichen Engagement
- zur Familie
- zur Schule
- zur Jugendarbeit
- zu den Hochschulen
- zu den Medien
- den Parteien und der Politik
- zur Wirtschaft
- zur Kriminalitätsvorbeugung
- zur Polizei und Ordnungsbehörden
- zur Strafverfolgung

Ein umfassendes, nicht nur auf Repression setzendes Konzept.

Und genau darum geht es.

Es geht nicht nur um ANTI.

Es geht vor allem um das PRO.

Es geht um mehr soziale Gerechtigkeit und Solidarität, Lebensbejahung und Zukunft, um weitere Demokratisierung des Landes.

Und es geht um eine Atmosphäre der Ächtung von Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und menschenverachtender Gewaltbereitschaft.

Nach diesen Maßstäben muss sich der Handlungsrahmen messen lassen.

Und da hätte ich schon erwartet, dass die Landesregierung früher und umfangreicher eine Bewertung ihrer eigenen Initiative, denn als solche ist der Handlungsrahmen veröffentlicht wurden, vorgenommen hätte.

Das dieses bisher nicht passierte ist vorliegender Antrag auch ein Auftrag an die Landesregierung, diese umfassende Bewertung nachzuholen und mit der Weiterentwicklung entsprechende Schlussfolgerungen abzuleiten.

Welches sind Kritikpunkte aus unserer Sicht?

Da ist zunächst die Feststellung, die wir schon 2001 getroffen haben:

Jedes Ressort setzt **seine** Maßnahmen um. Daran ist zunächst nichts schlechtes, wenn nicht nur der Innenminister, sondern auch der Wirtschaftsminister oder die Sozialministerin einen Beitrag im Kampf gegen den Rechtsextremismus leisten.

Was aber fehlt, ist eine koordinierende Stelle.

Eine Stelle, die die verschiedenen Handlungsfelder zusammenführt, Parallelarbeiten vermeidet, Impulse setzt, die Umsetzung des Handlungsrahmens bewertet und weiterentwickelt.

Wollen wir gesamtstaatliches Handeln, brauchen wir auch gesamtstaatliches Herangehen.

Zweiter Schwachpunkt:

Für die Umsetzung des Handlungsrahmens sollte es keine spezifischen Finanzmittel geben. Jedes Ressort sollte dafür Mittel "abknapsen".

Damit aber war vorprogrammiert, dass der andauernde gesamtgesellschaftliche Diskurs und die dazu notwendigen Handlungsstränge weitgehend in den bisherigen Bahnen verharren, das

Kaum neue Wirksamkeiten entstanden, ein neuer Handlungsschub kaum zu erleben war.

Wir alle erinnern uns an die Klimmzüge, die wir machen mussten um eine Co-Finanzierung für die civitas-projekte im Land zu erreichen.

Ich erinnere mich, dass der CDU dabei ziemlich schnell die Luft ausging.

Wir mussten in den Jahren der Existenz des Handlungsrahmens lernen, dass "Kostenneutralität" viele gute Vorhaben, Absichten, Forderungen nicht gerade befördert hat.

Zu hinterfragen ist, was aus Programmen wie "Pro Zivilcourage- gegen Extremismus" geworden ist, welche Erfolge Projekte wie "Kunst gegen Gewalt" oder "Künstler für Schüler" hatten.

Was getan wurde, um die Gedenkstättenarbeit im Land weiter zu unterstützen und zu verbessern. Wöbbelin, Alt-Rehse, Prora, Barth seien hier nur als Stichworte gesagt.

Wie wurde die Bereitschaft der Übernahme von Ehrenämtern unterstützt.

Wie wurden das "Freiwillige ökologische Jahr" oder das "Freiwillige Soziale Jahr" genutzt.

Wir müssen uns fragen, welchen Sinn es macht, junge Menschen, die sich den Nazis auf der Straße entgegenstellen, als Linksextremisten, auch in Berichten der Landesregierung, abzustempeln.

Wir müssen uns fragen, ob es nicht besser ist, dass wir Politiker uns gemeinsam mit den Jugendlichen den Nazi-Demonstrationen entgegenstellen.

Oder ob wir überhaupt alle Mittel nutzen, um den Nazis die Straße nicht zu überlassen.

Haben wir zum Beispiel die Straßen und Plätze unseres Landes für Veranstaltungen zum 8.Mai angemeldet? Oder verlieren wir uns wieder im Streit darüber, dass wir Nazi-Demo's nicht verhindern konnten?

Wie können wir es schaffen, Jugendarbeit zu professionalisieren, zum Beispiel in dem wir das Programm "Jugend- und Schulsozialarbeit" verstetigen.

Wie gehen wir damit um, dass wir von einer menschenwürdigen Asyl - und Flüchtlingspolitik noch weit entfernt sind.

Wie können wir erreichen, dass Kommunalpolitik vor Ort nicht länger die Gefahren rechtsextremer Entwicklungen herunterspielt.

Fragen über Fragen.

Setzt man sich ernsthaft damit auseinander, wird man erkennen, dass es um mehr als ein paar Änderungen im Bereich der politischen Bildung geht.

Und so heißt es schon jetzt im Handlungsrahmen richtig:

"Ein demokratisches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern entsteht nur im Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Kräfte...Jeder Bürger muss sich selbst fragen, ob er genug getan hat, um Toleranz und Demokratie alltäglich werden zu lassen."

Jeder Bürger, und so auch jeder Wähler.

Im Kommentar der Tagesthemen hieß es am 24.01.05:

" Den Wählern muss ein Bewusstsein entstehen, dass sie mit ihrer Wahlentscheidung tatsächlich auch Entscheidungen gegen sich selbst treffen. Die politische Auseinandersetzung mit der NPD ist eine Auseinandersetzung mit den Wählern der NPD..."

Diese politische Auseinandersetzung zu führen ist auch eine unserer Hauptaufgaben.

Lassen Sie uns jetzt damit beginnen.

Gemeinsam!

Am Wahlsonntag 2006 erschrocken aufzuwachen ist zu spät!